

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 11. Auflage .....	V
Literaturverzeichnis .....	XXIX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXXI
<b>Teil I      Grundlagen der öffentlichen Verwaltung .....</b>	<b>1</b>
<b>Kapitel 1   Die öffentliche Verwaltung als Teil der öffentlichen Gewalt (Brenndörfer/Trockels) .....</b>	<b>3</b>
A. Einordnung des Verwaltungsrechts in einen Gesamtzusammenhang . . . . .	3
B. Verwaltungsbegriff und Arten der Verwaltung . . . . .	4
I.   Begriff der Verwaltung . . . . .	4
1. Negative Definition . . . . .	4
2. Positive Definition . . . . .	5
II.   Arten der Verwaltung. . . . .	5
1. Unterscheidung nach Aufgaben . . . . .	5
2. Unterscheidung nach der Rechtsform des Handelns. . . . .	6
3. Unterscheidung nach Wirkung für den Bürger . . . . .	7
C. Träger öffentlicher Verwaltung . . . . .	8
I.   Unmittelbare Staatsverwaltung . . . . .	8
II.   Mittelbare Staatsverwaltung . . . . .	9
1. Körperschaften des öffentlichen Rechts . . . . .	9
2. Anstalten des öffentlichen Rechts . . . . .	9
3. Stiftungen des öffentlichen Rechts . . . . .	9
4. Beliehene . . . . .	10
III.   Zusammenfassung. . . . .	11
D. Verwaltungsaufbau und -aufsicht. . . . .	11
I.   Verwaltungsaufbau . . . . .	11
1. Unmittelbare Landesverwaltung . . . . .	11
2. Mittelbare Landesverwaltung . . . . .	12
II.   Staatsaufsicht . . . . .	13
1. Dienstaufsicht . . . . .	13
2. Fachaufsicht . . . . .	13
3. Rechtsaufsicht . . . . .	13
E. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	14
I.   Vertiefungshinweise . . . . .	14
II.   Wiederholungsfragen . . . . .	14

VII

<b>Kapitel 2 Rechtliche Grundlagen der öffentlichen Verwaltung</b>	
<i>(Sander/Schad)</i>	
	15
A. Öffentliches und privates Recht . . . . .	15
I. Einführung . . . . .	15
II. Zuordnungskriterien . . . . .	16
1. Abschließende Zuweisungsregelungen . . . . .	16
2. Abgrenzungstheorien . . . . .	17
3. Zuordnung von Benutzungsverhältnissen . . . . .	20
4. Vermutungsregel . . . . .	20
III. Zweistufige Rechtsverhältnisse als Mischform . . . . .	21
B. Quellen des Verwaltungsrechts . . . . .	22
I. Begriff und Bedeutung . . . . .	22
II. Die geschriebenen Rechtsquellen . . . . .	22
1. Normenhierarchie . . . . .	22
2. Prüfungs- und Verwerfungskompetenz . . . . .	23
3. Die einzelnen Rechtsquellen in ihrer Rangfolge . . . . .	25
III. Ungeschriebenes Recht: Gewohnheitsrecht . . . . .	28
IV. Richterrecht und Allgemeine Rechtsgrundsätze . . . . .	29
1. Richterrecht . . . . .	29
2. Allgemeine Rechtsgrundsätze . . . . .	30
V. Rechtsquellen des „Innenrechts“ mit faktischer Außenwirkung . . . . .	30
1. Verwaltungsvorschriften . . . . .	30
2. Sonderverordnungen . . . . .	31
C. Subjektive öffentliche Rechte . . . . .	32
I. Bedeutung . . . . .	32
II. Begriffliche Erfassung . . . . .	32
III. Einfluss des Europäischen Unionsrechts . . . . .	35
D. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	36
I. Vertiefungshinweise . . . . .	36
II. Wiederholungsfragen . . . . .	36
<b>Kapitel 3 Grundlagen des Verwaltungsrechts der Europäischen Union</b>	
<i>(Frey/Peters)</i>	
	38
A. Einführung . . . . .	38
B. Europäische Union . . . . .	38
I. Die Säulen der Europäischen Union . . . . .	38
II. Die Institutionen der EU . . . . .	39
1. Der Europäische Rat . . . . .	39
2. Das Europäische Parlament . . . . .	39
3. Der Rat (oder Rat der Europäischen Union) . . . . .	39

4. Die Kommission . . . . .	39
5. Der Gerichtshof der Europäischen Union. . . . .	40
6. Die Europäische Zentralbank. . . . .	40
7. Der Rechnungshof. . . . .	40
<b>C. Das Recht der Europäischen Union . . . . .</b>	<b>40</b>
I. Primärrecht . . . . .	40
1. Politikfelder . . . . .	40
2. Grundfreiheiten. . . . .	42
3. Grundrechte . . . . .	43
II. Sekundärrecht . . . . .	44
1. Verordnungen . . . . .	44
2. Richtlinien . . . . .	44
3. Entscheidungen, Empfehlungen und Stellungnahmen. . . . .	45
<b>D. Verhältnis von Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht. . . . .</b>	<b>46</b>
I. Anwendungsvorrang . . . . .	46
II. Verwerfungskompetenz . . . . .	46
<b>E. Verwaltungsvollzug des Unionsrechts. . . . .</b>	<b>46</b>
I. Direkter Vollzug durch die Exekutive der EU . . . . .	46
1. Materielle Rechtsgrundlagen . . . . .	47
2. Handlungsformen . . . . .	47
3. Verwaltungsverfahren . . . . .	47
II. Indirekter Vollzug durch die Exekutive der Mitgliedstaaten. . . . .	47
1. Unmittelbarer Vollzug . . . . .	47
2. Mittelbarer Vollzug. . . . .	48
<b>F. Rechtsschutz . . . . .</b>	<b>48</b>
I. Vertragsverletzungsverfahren durch die Kommission. . . . .	48
II. Vertragsverletzungsverfahren durch Mitgliedstaaten . . . . .	49
III. Nichtigkeitsklagen. . . . .	49
IV. Untätigkeitsklagen. . . . .	49
V. Vorabentscheidungen. . . . .	49
VI. Schadensersatzklagen. . . . .	50
<b>G. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .</b>	<b>50</b>
I. Vertiefungshinweise. . . . .	50
II. Wiederholungsfragen. . . . .	50

<b>Teil II</b>	<b>Das Handeln der öffentlichen Verwaltung . . . . .</b>	51
<b>Kapitel 4</b>	<b>Gebundenheit und Freiheit der Verwaltung</b>	
	( <i>Brenndörfer/Trockels</i> ) . . . . .	53
A.	Gesetzmäßigkeit der Verwaltung . . . . .	53
I.	Vorrang des Gesetzes . . . . .	53
II.	Vorbehalt des Gesetzes . . . . .	53
B.	Unbestimmter Rechtsbegriff und Beurteilungsspielraum. . . . .	55
I.	Allgemeines . . . . .	55
II.	Unbestimmte Rechtsbegriffe . . . . .	55
III.	Beurteilungsspielraum . . . . .	56
1.	Fallgruppen von Beurteilungsspielraum . . . . .	56
2.	Gerichtliche Überprüfbarkeit . . . . .	56
IV.	Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe . . . . .	57
1.	Wörtliche Auslegung . . . . .	57
2.	Systematische Auslegung . . . . .	58
3.	Teleologische Auslegung . . . . .	59
4.	Historische Auslegung . . . . .	59
C.	Ermessen . . . . .	60
I.	Begriff . . . . .	60
II.	Einräumung von Ermessen . . . . .	60
1.	Ermessensvorschriften . . . . .	60
2.	Soll-Vorschriften . . . . .	61
III.	Richtige Ermessensausübung . . . . .	61
1.	Ermessensausübung . . . . .	61
2.	Zweckentsprechende Ermessensausübung . . . . .	62
3.	Beachtung der gesetzlichen Grenzen . . . . .	62
IV.	Ermessensreduzierung auf Null . . . . .	67
1.	Bedeutung . . . . .	67
2.	Voraussetzungen . . . . .	67
3.	Praktische Relevanz . . . . .	68
D.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	68
I.	Vertiefungshinweise . . . . .	68
II.	Wiederholungsfragen . . . . .	68
<b>Erster Abschnitt</b>	<b>Der Verwaltungsakt . . . . .</b>	70
<b>Kapitel 5</b>	<b>Bedeutung, Begriff und Arten des Verwaltungsakts</b>	
	( <i>Brenndörfer/Trockels</i> ) . . . . .	70
A.	Bedeutung des Verwaltungsakts. . . . .	70
I.	Allgemeine Bedeutung des Verwaltungsakts. . . . .	70

II.	Praktische Relevanz des Verwaltungsakts . . . . .	70
1.	Verfahrensrechtliche Bedeutung . . . . .	70
2.	Materiell-rechtliche Bedeutung . . . . .	70
3.	Vollstreckungsrechtliche Bedeutung . . . . .	70
4.	Rechtsschutzfunktion . . . . .	71
B.	Begriffsmerkmale des Verwaltungsakts . . . . .	71
I.	Hoheitliche Maßnahme . . . . .	71
II.	Behörde . . . . .	72
III.	Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts . . . . .	73
IV.	Regelung . . . . .	73
1.	Begriff . . . . .	73
2.	Abgrenzungen . . . . .	73
V.	Unmittelbare Außenwirkung . . . . .	74
1.	Innerdienstliche Weisungen . . . . .	74
2.	Zustimmung anderer Verwaltungsbehörden (Mehrstufiger Verwaltungsakt) . . . . .	75
VI.	Einzelfall . . . . .	76
1.	Begriff . . . . .	76
2.	Allgemeinverfügung . . . . .	77
C.	Arten von Verwaltungsakten . . . . .	79
I.	Befehlende, gestaltende und feststellende Verwaltungsakte . . . . .	79
II.	Begünstigende und belastende Verwaltungsakte . . . . .	79
III.	Einstufige und Mehrstufige Verwaltungsakte . . . . .	80
IV.	Verwaltungsakte mit Drittewirkung . . . . .	80
D.	Besondere Formen . . . . .	80
I.	Vorläufiger Verwaltungsakt . . . . .	80
II.	Vorsorglicher Verwaltungsakt . . . . .	81
III.	Vorbescheid . . . . .	81
IV.	Zusage und Zusicherung . . . . .	81
1.	Begriff und Rechtsnatur . . . . .	81
2.	Die Zusicherung . . . . .	82
E.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	84
I.	Vertiefungshinweise . . . . .	84
II.	Wiederholungsfragen . . . . .	84
<b>Kapitel 6</b>	<b>Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt</b>	
	( <i>Vondung</i> ) . . . . .	85
A.	Einführung . . . . .	85
B.	Arten, Rechtswirkungen und Abgrenzungsprobleme . . . . .	85
I.	Arten und Rechtswirkungen . . . . .	85
1.	Befristung . . . . .	85

2. Bedingung . . . . .	86
3. Widerrufsvorbehalt. . . . .	87
4. Auflage. . . . .	88
5. Auflagenvorbehalt . . . . .	89
6. Keine Nebenbestimmung: Die sog. modifizierende Genehmigung . . . . .	90
II. Abgrenzungsprobleme . . . . .	91
1. Abgrenzung zu sonstigen Nebenregelungen . . . . .	91
2. Abgrenzung zu bloßen Hinweisen auf die Rechtslage . . . . .	91
3. Abgrenzung zu Inhaltsbestimmungen . . . . .	91
4. Abgrenzung zum Vorbehalt der endgültigen Entscheidung . . . . .	92
5. Abgrenzung zwischen Auflage und Bedingung . . . . .	92
C. Zulässigkeit und Rechtmäßigkeit . . . . .	93
I. Zulässigkeit . . . . .	93
1. Nebenbestimmungen beim gebundenen Verwaltungsakt . . . . .	94
2. Nebenbestimmungen bei Ermessensakten . . . . .	95
II. Grenzen der Zulässigkeit . . . . .	96
1. Ausschluss durch Rechtsvorschriften . . . . .	96
2. Verstoß gegen den Zweck des VA . . . . .	96
3. Ausschluss aus der Natur der Sache . . . . .	97
III. Weitere Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen . . . . .	98
D. Folgen der Rechtswidrigkeit von Nebenbestimmungen und Rechtschutzprobleme . . . . .	98
I. Problemstellung: Anfechtungs- oder Verpflichtungsklage? . . . . .	98
II. Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (h. M.) . . . . .	99
III. Klassische Literaturauffassung . . . . .	100
IV. Rechtsschutz Dritter gegen Nebenbestimmungen. . . . .	100
V. Rechtsschutz gegen Nebenbestimmungen im Widerspruchsverfahren . . . . .	100
VI. Rechtsschutz gegen modifizierende Genehmigungen . . . . .	101
E. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	101
I. Vertiefungshinweise . . . . .	101
II. Wiederholungsfragen . . . . .	101
<b>Kapitel 7 Bekanntgabe des Verwaltungsakts</b>	
<i>(Sander/Schad)</i> . . . . .	103
A. Einführung . . . . .	103
I. Bedeutung . . . . .	103
II. Definition . . . . .	103
B. Formlose Bekanntgabe des Verwaltungsakts . . . . .	103
I. Grundsatz: Freiheit der Form der Bekanntgabe . . . . .	103

II.	Notwendigkeit der Bekanntgabe . . . . .	104
III.	Zeitpunkt der Bekanntgabe. . . . .	106
IV.	Rechtsfolgen der Bekanntgabe. . . . .	107
C.	Förmliche Bekanntgabe des Verwaltungsakts durch Zustellung . . . . .	109
I.	Vorbemerkung . . . . .	109
II.	Zustellungsarten . . . . .	110
1.	Allgemeines . . . . .	110
2.	Zustellung durch die Post mit Zustellungsurkunde . . . . .	110
3.	Zustellung durch die Post mittels eingeschriebenen Briefes . . .	110
4.	Zustellung durch die Behörde gegen Empfangsbekenntnis . .	112
5.	Elektronische Zustellung gegen Abholbestätigung über De- Mail-Dienste . . . . .	113
6.	Öffentliche Zustellung . . . . .	114
III.	Gemeinsame Regelungen für alle Zustellungsarten . . . . .	114
1.	Zustellung an mehrere Beteiligte . . . . .	114
2.	Zustellung an gesetzliche Vertreter . . . . .	115
3.	Zustellung an Bevollmächtigte . . . . .	116
4.	Heilung von Zustellungsmängeln. . . . .	116
D.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	118
I.	Vertiefungshinweise. . . . .	118
II.	Wiederholungsfragen. . . . .	118
<b>Kapitel 8 Fehlerfreier (rechtmäßiger) Verwaltungsakt</b>		
<i>(Zimmermann-Kreber/Büchner)</i>		119
A.	Einführung . . . . .	119
B.	Prüfprogramme zur Vermeidung von Fehlern . . . . .	119
I.	Schema für den Erlass eines rechtmäßigen Verwaltungsakts . . . .	120
1.	Erläuterung. . . . .	120
2.	Prüfschema für den Erlass eines rechtmäßigen Verwaltungs- akts . . . . .	120
II.	Schema für die nachträgliche Rechtmäßigkeitsprüfung . . . . .	121
III.	Schema für die Rechtmäßigkeitsprüfung eines Vollstreckungsakts .	122
C.	Einzelne Rechtmäßigkeitskriterien . . . . .	122
I.	Formelle Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen . . . . .	122
1.	Beachtung von Zuständigkeitsregelungen . . . . .	122
2.	Beachtung von Verfahrensvorschriften . . . . .	122
3.	Beachtung von Formvorschriften, Begründungspflichten und Fristen . . . . .	123
4.	Keine Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen: Rechtsbehelfsbeleh- rung und Bekanntgabe . . . . .	123
II.	Materielle (inhaltliche) Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen. . . . .	124

1. Tatbestand der Ermächtigungsgrundlage . . . . .	124
2. Tatbestand der Anspruchsgrundlage . . . . .	125
3. Zulässiger Adressat . . . . .	126
4. Zulässige Rechtsfolge: Beachtung der Schranken des Ermessens/Unterschied zum Beurteilungsspielraum . . . . .	127
5. Inhaltliche Bestimmtheit . . . . .	129
<b>D. Einfluss des Europarechts . . . . .</b>	<b>130</b>
I. Stellung im Prüfprogramm . . . . .	130
II. Direkter Vollzug durch die EU-Exekutive . . . . .	130
III. Indirekter Vollzug durch die Exekutive der Mitgliedstaaten . . . . .	131
1. Unmittelbarer Vollzug . . . . .	131
2. Mittelbarer Vollzug . . . . .	131
3. Anwendungsgrundsatz . . . . .	131
<b>E. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .</b>	<b>131</b>
I. Vertiefungshinweise . . . . .	131
II. Wiederholungsfragen . . . . .	131
<b>Kapitel 9 Fehlerfolgen</b> <i>(Zimmermann-Kreher/Büchner) . . . . .</i>	<b>133</b>
<b>A. Einführung . . . . .</b>	<b>133</b>
I. Begriff der Rechtswidrigkeit . . . . .	133
II. Die Bedeutung der Rechtswidrigkeit . . . . .	133
III. Folgen der Rechtswidrigkeit für die Wirksamkeit des Verwaltungsakts . . . . .	133
1. Unterscheidung Nichtigkeit/schlichte Rechtswidrigkeit . . . . .	133
2. Aufhebbarkeit des schlicht rechtswidrigen Verwaltungsakts . . . . .	134
3. Die Aufhebbarkeit des nichtigen Verwaltungsakts . . . . .	134
4. Schema zur Aufhebbarkeit . . . . .	134
<b>B. Nichtakt (Nichtverwaltungsakt) . . . . .</b>	<b>135</b>
I. Begriff . . . . .	135
II. Anwendungsbeispiele . . . . .	136
1. Amtsanmaßung . . . . .	136
2. Unmittelbarer Zwang . . . . .	136
3. Scherzhandlungen . . . . .	136
III. Rechtsfolgen . . . . .	136
IV. Verfahrensrechtliche Behandlung . . . . .	136
<b>C. Bloße Unrichtigkeiten . . . . .</b>	<b>137</b>
I. Begriff und Erscheinungsformen . . . . .	137
II. Rechtsfolgen der bloßen Unrichtigkeit . . . . .	137
1. Folgen bei offensichtlichen Unrichtigkeiten . . . . .	137
2. Folgen bei fehlender Rechtsbehelfsbelehrung . . . . .	137

3. Folgen bei unzweckmäßigm Verwaltungsakt . . . . .	138
4. Folgen bei nicht zwingenden Verfahrensvorschriften . . . . .	138
<b>D. Der richtige Verwaltungsakt . . . . .</b>	<b>138</b>
I. Begriff und Folgen der Richtigkeit . . . . .	138
II. Voraussetzungen der Richtigkeit . . . . .	139
1. Überblick . . . . .	139
2. Evidenzunabhängige Richtigkeitsgründe (Positivkatalog) . . . . .	139
3. Richtigkeitsirrelevante Fehler (Negativkatalog) . . . . .	141
4. Die evidenzabhängigen (relativen) Richtigkeitsgründe (Generalklausel) . . . . .	142
III. Die Teilrichtigkeit . . . . .	144
IV. Umdeutung eines richtigen Verwaltungsakts . . . . .	144
V. Die Feststellung der Richtigkeit . . . . .	144
1. Feststellungsbedürfnis . . . . .	144
2. Feststellungsklage nach § 43 VwGO (§ 55 I Nr. 4 SGG) . . . . .	144
3. Antrag nach § 44 V LVwVfG (§ 40 V SGB X) . . . . .	144
4. Anfechtungswiderspruch und Anfechtungsklage nach §§ 68 und 42 VwGO (§§ 78 und 54 SGG) . . . . .	145
<b>E. Schlicht rechtswidriger Verwaltungsakt . . . . .</b>	<b>145</b>
I. Begriff und Folgen . . . . .	145
II. Bedeutung . . . . .	145
III. Die Heilbarkeit nach § 45 LVwVfG (§ 41 SGB X) . . . . .	146
1. Begriff und Bedeutung . . . . .	146
2. Die heilbaren Fehler . . . . .	146
3. Form und Zeitpunkt der Heilung . . . . .	147
4. Heilung und Rechtsbehelfsfristen . . . . .	148
5. Heilung und Kostenfolge im Widerspruchsverfahren . . . . .	149
6. Folgen unterbliebener Heilung . . . . .	149
IV. Die Unbeachtlichkeit nach § 46 LVwVfG (§ 42 SGB X) . . . . .	149
1. Begriff und Bedeutung . . . . .	149
2. Voraussetzungen . . . . .	149
3. Folgen der Unbeachtlichkeit . . . . .	151
4. Anwendungsbereich . . . . .	151
V. Die Umdeutung . . . . .	151
1. Grundlegendes . . . . .	151
2. Voraussetzungen . . . . .	152
3. Rechtsschutz . . . . .	153
VI. Teilweise schlichte Rechtswidrigkeit . . . . .	153
<b>F. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .</b>	<b>153</b>
I. Vertiefungshinweise . . . . .	153
II. Wiederholungsfragen . . . . .	154

<b>Kapitel 10 Bestandskraft des Verwaltungsakts</b>	
(Zimmermann-Kreher/Noak/Büchner) . . . . .	155
A. Einführung . . . . .	155
B. Bestandskraft . . . . .	155
I. Begriff und Wesen . . . . .	155
1. Formelle Bestandskraft (Unanfechtbarkeit) . . . . .	155
2. Materielle Bestandskraft . . . . .	156
II. Gegenstand und rechtliche Tragweite der materiellen Bestandskraft . . . . .	156
1. Allgemeines . . . . .	156
2. Besonderheiten des Sozialrechts . . . . .	157
III. Durchbrechung der formellen und materiellen Bestandskraft . . . . .	157
C. Wiederaufgreifen des Verfahrens nach dem LVwVfG . . . . .	158
I. Einführung . . . . .	158
1. Bedeutung . . . . .	158
2. Systematik . . . . .	158
3. Anwendungsbereich . . . . .	159
4. Folgen des Wiederaufgreifens . . . . .	159
5. Folgen des „Nicht-Wiederaufgreifens“ . . . . .	160
6. Schematische Übersicht . . . . .	161
II. Der Anspruch auf Wiederaufgreifen des Verfahrens (Wiederaufgreifen i. e. S.) . . . . .	163
1. Zulässigkeit des Antrags nach § 51 I bis III LVwVfG . . . . .	163
2. Begründetheit des Antrags gem. § 51 LVwVfG . . . . .	165
III. Der Anspruch auf Wiederaufgreifen des Verfahrens wegen Ermessensreduzierung auf Null (Wiederaufgreifen i. w. S.) . . . . .	165
IV. Verhältnis zu Rücknahme und Widerruf . . . . .	166
D. Rücknahme und Widerruf von Verwaltungsakten nach dem LVwVfG . . . . .	166
I. Einführung . . . . .	166
1. Begriffe . . . . .	167
2. Rechtmäßigkeit – Rechtswidrigkeit des aufzuhebenden VA . . . . .	167
3. Belastende – begünstigende Verwaltungsakte . . . . .	168
4. Spezialgesetzliche Vorschriften . . . . .	170
II. Formelle Voraussetzungen für Rücknahme und Widerruf . . . . .	170
III. Rücknahme (rechtswidriger) belastender Verwaltungsakte . . . . .	171
1. Voraussetzungen . . . . .	171
2. Ermessen . . . . .	171
IV. Rücknahme (rechtswidriger) begünstigender Verwaltungsakte . . . . .	171
1. Rücknahme von Geld- und Sachleistungsverwaltungsakten (Abs. 2) . . . . .	172
2. Die Rücknahme „sonstiger“ Verwaltungsakte (Abs. 3) . . . . .	177
V. Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte mit Doppelwirkung . . . . .	180

1. Begriff . . . . .	180
2. Problemstellung . . . . .	180
3. Problemlösung . . . . .	180
<b>VI. Widerruf (rechtmäßiger) belastender Verwaltungsakte . . . . .</b>	<b>181</b>
1. Voraussetzungen . . . . .	181
2. Ermessen . . . . .	181
<b>VII. Widerruf (rechtmäßiger) begünstigender Verwaltungsakte . . . . .</b>	<b>181</b>
1. Voraussetzung: Widerrufsgrund . . . . .	181
2. Ermessen . . . . .	184
3. Folgewirkungen des Widerrufs . . . . .	185
<b>VIII. Widerruf von Verwaltungsakten mit Doppelwirkung . . . . .</b>	<b>185</b>
 <b>E. Wiederaufgreifen des Verfahrens und Aufhebung von Verwaltungsakten nach dem SGB X . . . . .</b>	<b>186</b>
I. Einführung . . . . .	186
II. Wiederaufgreifen des Verfahrens nach dem SGB X . . . . .	186
III. Übersicht über die Aufhebung von Verwaltungsakten nach dem SGB X . . . . .	187
1. Grundlegendes . . . . .	187
2. Rücknahme belastender Verwaltungsakte (§ 44 SGB X) . . . . .	188
3. Rücknahme begünstigender Verwaltungsakte (§ 45 SGB X) . . . . .	191
4. Widerruf belastender Verwaltungsakte (§ 46 SGB X) . . . . .	194
5. Widerruf begünstigender Verwaltungsakte (§ 47 SGB X) . . . . .	195
6. Aufhebung eines Verwaltungsaktes mit Dauerwirkung wegen nachträglicher Änderung der Verhältnisse (§ 48 SGB X) . . . . .	196
7. Erstattung zu Unrecht erbrachter Leistungen (§ 50 SGB X) . . . . .	198
8. Die Rückgabe von Urkunden und Sachen . . . . .	199
 <b>F. Einflüsse des Unionsrechts . . . . .</b>	<b>199</b>
I. Indirekter Vollzug durch die Exekutive der Mitgliedstaaten . . . . .	199
1. Anwendungsgrundsatz . . . . .	199
2. Äquivalenzgrundsatz und Effizienzgebot . . . . .	199
II. Bestandskraft unionsrechtswidriger Verwaltungsakte . . . . .	199
1. Rechtsprechung des EuGH . . . . .	199
2. Umsetzung in nationales Recht . . . . .	200
III. Rücknahme unionsrechtswidriger Verwaltungsakte . . . . .	200
1. Grund der Unionsrechtswidrigkeit . . . . .	200
2. Europarechtliche Korrektur der Rücknahmebestimmungen . . . . .	200
 <b>G. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .</b>	<b>201</b>
I. Vertiefungshinweise . . . . .	201
II. Wiederholungsfragen . . . . .	201

<b>Kapitel 11 Bescheidtechnik und Bescheid-Qualitäts-Management</b>	
<i>(Brenndörfer/Joerger)</i>	203
A. Begriff und Bedeutung der Bescheidtechnik – Erweiterung zum Bescheid-Qualitäts-Management . . . . .	203
I. Begriffe Bescheidtechnik und Bescheid-Qualitäts-Management . . . . .	203
1. Einführung . . . . .	203
2. Empfehlung: Einbettung der Bescheidtechnik in ein umfassendes Bescheid-Qualitäts-Management . . . . .	204
3. Bescheidtechnik und Informationstechnologie . . . . .	205
II. Die große Bedeutung der Kommunikation von und in Behörden . . . . .	206
B. Aufbau und Inhalt von Bescheiden . . . . .	209
I. Beispiel . . . . .	209
II. Gliederung . . . . .	212
III. Einleitung . . . . .	212
IV. Tenor . . . . .	213
1. Tenorierung des Entscheidungssatzes . . . . .	213
2. Tenorierung von Nebenbestimmungen . . . . .	214
3. Tenorierung der Anordnung der sofortigen Vollziehung . . . . .	214
4. Tenorierung der Androhung von Zwangsmitteln . . . . .	215
5. Gebührenentscheidung . . . . .	216
6. Hinreichende Bestimmtheit . . . . .	217
V. Begründung . . . . .	217
1. Allgemeine Überlegungen . . . . .	217
2. Der Sachverhalt . . . . .	222
3. Die rechtlichen Gründe . . . . .	222
VI. Rechtsbehelfsbelehrung . . . . .	228
VII. Grußformel und Unterschrift . . . . .	229
VIII. Interne Bearbeitungsvermerke . . . . .	229
C. Widerspruchsbescheide . . . . .	230
I. Das Widerspruchsverfahren im Überblick . . . . .	230
II. Der Widerspruchsbescheid . . . . .	231
1. Tenor . . . . .	232
2. Begründung . . . . .	235
D. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	236
I. Vertiefungshinweise . . . . .	236
II. Wiederholungsfragen . . . . .	237

<b>Zweiter Abschnitt</b>	<b>Besondere Handlungsformen</b>	238
<b>Kapitel 12</b>	<b>Der öffentlich-rechtliche Vertrag</b>	
	( <i>Steinhorst</i> )	238
A.	Einführung	238
B.	Rechtsgrundlagen	238
C.	Begriff des öffentlich-rechtlichen Vertrages i. S. d. §§ 54 LVwVfG (§§ 53 ff. SGB X)	239
I.	Vertrag	239
1.	Allgemeines	239
2.	Abgrenzung von anderen Kooperationsformen	240
II.	Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts	241
1.	Verwaltungsrechtliche Verträge	241
2.	Abgrenzung von privatrechtlichen Verträgen	241
3.	Gemischte und zusammengesetzte Verträge	242
III.	Begründung, Änderung oder Aufhebung eines Rechtsverhältnisses	242
D.	Arten öffentlich-rechtlicher Verträge	243
I.	Koordinations- und subordinationsrechtliche Verträge	243
II.	Verpflichtungs- und Verfügungsvverträge	244
III.	Vergleichs- und Austauschverträge	244
E.	Die Rechtmäßigkeit eines öffentlich-rechtlichen Vertrages	246
I.	Ermächtigungsgrundlage; Vertragsformverbote	246
II.	Formelle Rechtmäßigkeit des öffentlich-rechtlichen Vertrages	247
1.	Zuständigkeit	247
2.	Mitwirkungserfordernisse	247
3.	Form	249
III.	Materielle Rechtmäßigkeit des öffentlich-rechtlichen Vertrages	250
1.	Allgemeines	250
2.	Vergleichsvertrag	250
3.	Austauschvertrag	251
F.	Der fehlerhafte öffentlich-rechtliche Vertrag	252
I.	Allgemeines	252
II.	Nichtigkeitsgründe (§ 59 LVwVfG; § 58 SGB X)	253
1.	Prüfungsreihenfolge	253
2.	Nichtigkeitsgründe nach § 59 II LVwVfG (§ 58 II SGB X)	253
3.	Nichtigkeitsgründe nach § 59 I LVwVfG (§ 58 I SGB X)	255
III.	Teilnichtigkeit	257
G.	Vertragsabwicklung und Leistungsstörungen	257
I.	Anwendung zivilrechtlicher Vorschriften	257
II.	Anpassung und Kündigung in besonderen Fällen	259

H. Die Durchsetzung von Ansprüchen aus einem öffentlich-rechtlichen Vertrag . . . . .	259
I. Rechtsweg . . . . .	259
II. Statthafte Klageart . . . . .	260
III. Unterwerfung unter die sofortige Vollstreckung . . . . .	261
IV. Beispiel eines öffentlich-rechtlichen Vertrages . . . . .	262
I. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	263
I. Vertiefungshinweise . . . . .	263
II. Wiederholungsfragen . . . . .	263
<b>Kapitel 13 Planung und Plan</b>	
<i>(Hartleb/Peters)</i> . . . . .	264
A. Einführung . . . . .	264
B. Planungsarten . . . . .	264
I. Allgemeine staatliche Planung . . . . .	264
II. Raumplanung . . . . .	264
1. Räumliche Gesamtplanung . . . . .	264
2. Räumliche Fachplanung . . . . .	265
C. Planungsprozess . . . . .	266
I. Rechtscharakter . . . . .	266
II. Inhaltliche Anforderungen . . . . .	267
1. Planrechtfertigung . . . . .	267
2. Planungsleitsätze . . . . .	267
3. Abwägung . . . . .	267
4. Abstimmungsgebot . . . . .	269
5. Rechtsformen für die Planungsinhalte . . . . .	270
III. Planaufstellungsverfahren . . . . .	271
1. Überörtliche Gesamtplanung . . . . .	271
2. Bauleitplanung . . . . .	271
3. Schutzgebietsfestsetzungen . . . . .	271
4. Planfeststellungsverfahren . . . . .	271
5. Plangenehmigungsverfahren . . . . .	272
IV. Plansicherungsmaßnahmen . . . . .	272
1. Raumordnungsverfahren . . . . .	272
2. Planerische Untersagung . . . . .	272
D. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	273
I. Vertiefungshinweise . . . . .	273
II. Wiederholungsfragen . . . . .	273

<b>Teil III</b>	<b>Verwaltungsverfahren</b>	275
<b>Kapitel 14 Allgemeines Verwaltungsverfahren</b>		
(Walker/Schad)		277
A.	Einführung	277
I.	Anwendungsbereich der Verwaltungsverfahrensgesetze	277
1.	Warum Verwaltungsverfahrensgesetze?	277
2.	Anwendungsbereich	277
II.	Begriff des Verwaltungsverfahrens	278
1.	Tätigkeit von Behörden	278
2.	Externe Wirkung	279
3.	Verfahrensergebnis	279
4.	Das allgemeine Verwaltungsverfahren	279
III.	Nichtförmlichkeit des Verwaltungsverfahrens	280
1.	Einführung	280
2.	Form des Verwaltungsakts und Rechtsbehelfsbelehrung	280
IV.	Amtssprache	284
1.	Einführung	284
2.	Das Fristenproblem	285
B.	Behörde	285
I.	Begriff	285
II.	Zuständigkeit	286
1.	Arten von Zuständigkeiten	286
2.	Durchbrechung der Zuständigkeiten	287
3.	Verhalten bei Unzuständigkeit	287
III.	Ausgeschlossene Personen und Besorgnis der Befangenheit	288
1.	Ausgeschlossene Personen	288
2.	Besorgnis der Befangenheit	289
C.	Verfahrensbeteiligte	289
I.	Beteiligungsfähigkeit und Handlungsfähigkeit	289
II.	Beteiligte	290
III.	Bevollmächtigte und Beistände	291
D.	Verfahrensrechte	292
I.	Das Recht auf Beratung und Auskunft	292
1.	Vorrang des Gesetzes	292
2.	Anwendung	293
3.	Folgen einer Zuwiderhandlung	293
II.	Das Recht auf Akteneinsicht	293
1.	Die Anspruchsvoraussetzungen des § 29 I LVwVfG	294
2.	Die Anspruchshindernisse des § 29 II LVwVfG	295
3.	Art der Akteneinsicht	296

4. Exkurs: Das Akteneinsichtsrecht im Verfahren vor Verwaltungsgerichten und Sozialgerichten . . . . .	297
5. Informationsfreiheitsgesetze. . . . .	297
6. Weitergehende Einflüsse des Europarechts . . . . .	298
III. Das Recht auf Anhörung . . . . .	298
1. Die Anspruchsvoraussetzungen des § 28 I LVwVfG. . . . .	299
2. Die Anspruchshindernisse . . . . .	300
IV. Das Recht auf Schutz personenbezogener Daten. . . . .	300
1. Geschützte Rechtsgüter. . . . .	301
2. Schutz wovor? . . . . .	301
3. Befugnis zum Verarbeiten/Offenbaren . . . . .	301
V. Das Recht auf Begründung eines Verwaltungsakts . . . . .	301
1. Die Anspruchsvoraussetzungen des § 39 I LVwVfG. . . . .	302
2. Die Anspruchshindernisse des § 39 II LVwVfG. . . . .	303
3. Folgen einer Zuwiderhandlung . . . . .	304
VI. Weitere Verfahrensrechte . . . . .	304
E. Fristen, Termine, Wiedereinsetzung . . . . .	305
I. Fristen und Termine. . . . .	305
1. Begriffe . . . . .	305
2. Grundsätzliche Verweisung auf das BGB . . . . .	305
3. Besonderheiten des Verwaltungsverfahrens . . . . .	305
II. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. . . . .	305
1. Voraussetzungen . . . . .	306
2. Verfahren . . . . .	306
F. Beginn, Durchführung und Ende des Verfahrens . . . . .	306
I. Beginn des Verfahrens . . . . .	306
1. Von Amts wegen/auf Antrag . . . . .	306
2. Form eines Antrags. . . . .	308
3. Antragsinteresse . . . . .	310
II. Der Untersuchungsgrundsatz . . . . .	310
1. Wesen und Umfang . . . . .	310
2. Mitwirkungspflicht . . . . .	311
III. Mitwirkung anderer Behörden . . . . .	312
1. Mitwirkungsarten . . . . .	312
2. Rechtsnatur der Mitwirkungshandlung . . . . .	313
IV. Amtshilfe. . . . .	314
1. Anwendungsbereich und Begriff. . . . .	314
2. Voraussetzungen und Grenzen . . . . .	315
3. Beginn, Durchführung, Kosten. . . . .	315
V. Beweiserhebung . . . . .	316
1. Beweismittel . . . . .	316
2. Mitwirkung der Beteiligten . . . . .	317

3. Beweiswürdigung . . . . .	317
4. Materielle Beweislast . . . . .	317
5. Formelle Beweislast . . . . .	318
VI. Ende des Verfahrens . . . . .	318
G. Folgen eines Verstoßes gegen Verfahrensvorschriften . . . . .	319
I. Rechtswidrigkeit . . . . .	319
II. Heilung . . . . .	319
III. Unbeachtlichkeit . . . . .	319
IV. Klagemöglichkeit . . . . .	320
H. Verfahrenskosten . . . . .	320
I. Rechtsgrundlagen . . . . .	320
II. Begriffliches . . . . .	321
1. Gebühren . . . . .	321
2. Auslagen . . . . .	322
III. Gebührengrundsätze . . . . .	322
1. Entstehungsgrund . . . . .	322
2. Bemessung . . . . .	324
IV. Die Kostenentscheidung . . . . .	324
I. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	325
I. Vertiefungshinweise . . . . .	325
II. Wiederholungsfragen . . . . .	325

<b>Kapitel 15 Besondere Verwaltungsverfahren</b>	
(Hesselbarth/Peters) . . . . .	326
A. Einführung . . . . .	326
B. Förmliches Verwaltungsverfahren . . . . .	326
I. Anwendbarkeit der Regelungen des förmlichen Verwaltungsverfahrens . . . . .	326
II. Bestandteile des förmlichen Verwaltungsverfahrens . . . . .	326
III. Einzelne Verfahrensbesonderheiten . . . . .	327
1. Verpflichtung zur Anhörung von Beteiligten . . . . .	327
2. Mündliche Verhandlung . . . . .	327
3. Formerfordernisse . . . . .	328
4. Rechtsbehelfe . . . . .	328
C. Planfeststellungsverfahren . . . . .	328
I. Anwendbarkeit der Regelungen des Planfeststellungsverfahrens . . . . .	328
II. Verfahrensgang . . . . .	329
1. Beginn des Verfahrens . . . . .	329
2. Behördenbeteiligung . . . . .	329
3. Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	329
4. Beteiligung anerkannter Verbände . . . . .	329

5. Erörterungstermin . . . . .	329
6. Stellungnahme der Anhörungsbehörde . . . . .	329
III. Planfeststellungsbeschluss. . . . .	330
IV. Rechtsbehelfe . . . . .	330
V. Besondere Wirkungen der Planfeststellung . . . . .	330
1. Konzentrations- und Ersetzungswirkung der Planfeststellung . . . . .	330
2. Präklusionswirkung . . . . .	331
D. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	331
I. Vertiefungshinweise . . . . .	331
II. Wiederholungsfragen . . . . .	331
<b>Kapitel 16 Datenschutzrecht</b> <i>(Martens)</i> . . . . .	332
A. Einführung . . . . .	332
B. Gesetzliche Grundlagen. . . . .	332
I. Allgemeines . . . . .	332
II. Allgemeine Datenschutzgesetze . . . . .	334
1. Landesrechtliche Regelung – das Landesdatenschutzgesetz (LDSG) . . . . .	334
2. Bundesrechtliche Regelung – das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) . . . . .	338
III. Bereichsspezifische Datenschutzregelungen. . . . .	338
1. Beispiel: Sozialdatenschutz nach dem SGB . . . . .	338
2. Beispiel: Bundesmeldegesetz . . . . .	341
C. Einfluss des Europarechts . . . . .	343
D. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	344
I. Vertiefungshinweise . . . . .	344
II. Wiederholungsfragen . . . . .	344
<b>Kapitel 17 Verwaltungsvollstreckungsverfahren</b> <i>(von Pollern/Brunn)</i> . . . . .	345
A. Einführung . . . . .	345
Begriff und Wesen der Verwaltungsvollstreckung . . . . .	345
B. Anwendungsbereiche der Verwaltungsvollstreckungsgesetze von Bund und Land . . . . .	346
I. Anwendungsbereich des Bundesverwaltungsvollstreckungsgesetzes (VwVG). . . . .	346
II. Anwendungsbereich des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für Baden-Württemberg (LVwVG) . . . . .	346

C.	Die Vollstreckungsverfahrensarten . . . . .	347
	Systematische Grundunterscheidung der Verfahrensarten nach der zu vollstreckenden Pflicht . . . . .	347
	1. Das Beitreibungsverfahren . . . . .	347
	2. Der Verwaltungszwang im engeren Sinne . . . . .	348
D.	Vollstreckungsvoraussetzungen . . . . .	348
	Vollstreckungstitel . . . . .	348
	1. Rechtssystematische Unterschiede zwischen Bundes- und Landesrecht . . . . .	348
	2. Anforderungen an den Vollstreckungstitel . . . . .	349
E.	Zwangsmittel des Verwaltungszwangs im engeren Sinn nach dem LVwVG . . . . .	351
	I. Die Zwangsmittel im Einzelnen . . . . .	351
	1. Zwangsgeld, Ersatzzwangshaft, Ersatzvornahme . . . . .	351
	2. Unmittelbarer Zwang (§§ 26 bis 28 LVwVG) und unmittelbare Ausführung . . . . .	353
	II. Allgemeine Vollstreckungsgrundsätze . . . . .	358
	III. Verhältnis der einzelnen Zwangsmittel zueinander . . . . .	359
F.	Verfahrenssubjekte der Verwaltungsvollstreckung . . . . .	360
	I. Verfahrenssubjekte und Verfahrensbeteiligte . . . . .	360
	II. Die Vollstreckungsbehörde im Bundes- und Landesrecht . . . . .	360
	III. Der Vollstreckungsgläubiger . . . . .	361
	IV. Der Vollstreckungsschuldner . . . . .	362
	1. Begriff des Vollstreckungsschuldners . . . . .	362
	2. Sonderprobleme bei bestimmten Vollstreckungsschuldnern . . . . .	362
G.	Verfahrensablauf im Verwaltungsvollstreckungsverfahren nach dem LVwVG . . . . .	365
	I. Verfahrensablauf im Beitreibungsverfahren . . . . .	365
	1. Prüfung der Vollstreckungsvoraussetzungen . . . . .	365
	2. Verfahrensgang bis zur Pfändung beweglicher Sachen und Forderungen bzw. bis zur Vornahme der entsprechenden Vollstreckungsmaßnahmen bei der Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen . . . . .	366
	3. Das Verwertungsverfahren . . . . .	367
	II. Ablauf des Verwaltungszwangverfahrens . . . . .	368
	III. Schema: Arten der Verwaltungsvollstreckung und Grundzüge des Verfahrensablaufs . . . . .	373
	IV. Die Einstellung des Vollstreckungsverfahrens . . . . .	374
	V. Die Kosten des Verwaltungsvollstreckungsverfahrens . . . . .	375
H.	Rechtsschutz in der Verwaltungsvollstreckung . . . . .	376
	I. Rechtswegbestimmung . . . . .	376

II.	Statthaftigkeit von Rechtsbehelfen gegen einzelne Vollstreckungsakte . . . . .	376
III.	Statthaftigkeit von Rechtsbehelfen gegen die Zulässigkeit der Vollstreckung überhaupt . . . . .	377
IV.	Geltendmachung von „die Veräußerung hindernden Rechten“ . . . . .	377
I.	Schema zur Prüfung der Rechtmäßigkeit einer Vollstreckungsmaßnahme . . . . .	378
J.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	380
	I. Vertiefungshinweise . . . . .	380
	II. Wiederholungsfragen . . . . .	381
<b>Teil IV</b>	<b>Rechtsschutz . . . . .</b>	<b>383</b>
<b>Kapitel 18</b>	<b>System der Rechtsbehelfe</b>	
	( <i>Vondung/Büchner</i> ) . . . . .	385
A.	Einführung . . . . .	385
B.	Förmliche Rechtsbehelfe . . . . .	386
	I. Im Verwaltungsverfahren: Widerspruch . . . . .	386
	1. Gegenstand, Zweck und Rechtsgrundlagen . . . . .	386
	2. Widerspruchsverfahren . . . . .	386
	3. Zulässigkeit des Widerspruchs . . . . .	388
	4. Begründetheit des Widerspruchs . . . . .	395
	5. Der Widerspruchsbescheid . . . . .	397
	6. Der Abhilfebescheid . . . . .	402
	II. Verwaltungsgerichtliche Rechtsbehelfe . . . . .	402
	1. Gegenstand, Zweck und Rechtsgrundlagen . . . . .	402
	2. Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen gerichtlicher Rechtsbehelfe . . . . .	403
	3. Klagearten und ihre besonderen Zulässigkeitsvoraussetzungen und Begründetheit . . . . .	403
	4. Vorläufiger Rechtsschutz nach §§ 80 ff. VwGO . . . . .	407
	5. Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO . . . . .	413
C.	Nichtförmliche (formlose) Rechtsbehelfe . . . . .	413
	I. Rechtsgrundlage . . . . .	413
	II. Arten . . . . .	413
	1. Gegenvorstellung . . . . .	414
	2. Fach- oder Rechtsaufsichtsbeschwerde . . . . .	414
	3. Dienstaufsichtsbeschwerde . . . . .	414
	4. Petition . . . . .	414
	5. Europarechtliche nichtförmliche Rechtsbehelfe . . . . .	414
	III. Rechtsträger . . . . .	415

IV.	Rechtsinhalt . . . . .	415
V.	Gerichtliche Kontrolle . . . . .	415
	1. Rechtsweg. . . . .	415
	2. Klageart . . . . .	415
D.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	416
	I. Vertiefungshinweise . . . . .	416
	II. Wiederholungsfragen. . . . .	416
<b>Teil V</b>	<b>Recht der öffentlichen Sachen . . . . .</b>	<b>417</b>
<b>Kapitel 19</b>	<b>Recht der öffentlichen Sachen</b>	
	<i>(Vondung) . . . . .</i>	<b>419</b>
A.	Grundlagen des öffentlichen Sachenrechts . . . . .	419
	I. Einführung . . . . .	419
	II. Begriff und Status der öffentlichen Sachen. . . . .	419
	1. Sachbegriff . . . . .	419
	2. Öffentlicher Status . . . . .	420
	III. Entstehung und Beendigung von öffentlichen Sachen . . . . .	421
	1. Widmung und Indienststellung . . . . .	421
	2. Voraussetzungen einer Widmung durch VA . . . . .	422
	3. Entwidmung und Widmungsänderung . . . . .	423
	IV. Arten von öffentlichen Sachen. . . . .	423
B.	Öffentliche Sachen im Zivilgebrauch . . . . .	424
	I. Öffentliche Sachen im Gemeingebrauch . . . . .	424
	1. Begriff und Gegenstand des Gemeingebrauchs . . . . .	424
	2. Straßen als öffentliche Sachen im Gemeingebrauch . . . . .	424
	II. Öffentliche Sachen im Sondergebrauch. . . . .	431
	III. Öffentliche Sachen im Anstaltsgebrauch . . . . .	432
	1. Begriff . . . . .	432
	2. Verhältnis: Öffentliches Sachenrecht – Anstaltsrecht. . . . .	432
	3. Benutzungsrecht . . . . .	434
C.	Öffentliche Sachen im Verwaltungsgebrauch. . . . .	435
D.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	436
	I. Vertiefungshinweise. . . . .	436
	II. Wiederholungsfragen. . . . .	436

<b>Teil VI</b>	<b>Haftung der Verwaltung</b>	439
<b>Kapitel 20</b>	<b>Staatshaftungsrecht</b>	
	( <i>Fleckenstein/Peters</i> )	441
A.	Einführung	441
B.	Schadensersatz wegen Verwaltungsunrecht	441
I.	Haftung bei öffentlich-rechtlichem rechtswidrigem Verwaltungs-handeln	442
1.	Unerlaubte Handlung	442
2.	Haftung aus öffentlich-rechtlichem Schuldverhältnis	449
3.	Konkurrenzen	450
II.	Haftung bei privatrechtlichem rechtswidrigem Verwaltungshan-deln	450
C.	Entschädigung bei Enteignung und Aufopferung	451
I.	Rechtmäßige Enteignung und Aufopferung	452
II.	Enteignungs- und aufopferungsgleicher Eingriff	452
III.	Enteignender und aufopfernder Eingriff	453
IV.	Eigentumsrechtlicher Ausgleichsanspruch	453
V.	Umfang der Entschädigung	454
D.	Öffentlich-rechtliche Erstattung	454
E.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen	454
I.	Vertiefungshinweise	454
II.	Wiederholungsfragen	454
<b>Anhang</b>		457
<b>Stichwortverzeichnis</b>		459